

DIE WOHL GEMEINSTE ÖKONOMIE?

DIE WOHLGEMEINTE KAMPAGNE VON WIRTSCHAFTSKAMMER & CO. GEGEN DIE WACHSENDE GEMEINWOHL-ÖKONOMIE-BEWEGUNG

Im Oktober 2010 gründete sich in Österreich eine zivilgesellschaftliche Wirtschaftsreformbewegung, die anstelle der gegenwärtig dominierenden kapitalistischen Machtwirtschaft eine ethische Marktwirtschaft entwickelt hat und umsetzen möchte. In der Wirtschaft sollen dieselben Werte belohnt werden und zum Erfolg führen, die in den Verfassungen demokratischer Staaten verankert sind (Verfassungswerte) und menschliche Beziehungen gelingen lassen (Beziehungswerte). Der Widerspruch zwischen den Werten der Wirtschaft und den Werten des Lebens soll durch eine demokratische Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung aufgelöst werden.

Ein Hauptcharakteristikum der gegenwärtigen zunehmend kapitalistischen Marktwirtschaft ist, dass Ziele (Bedürfnisbefriedigung, Lebensqualität, Gemeinwohl) und Mittel (Geld, Gewinn, Kapital) verwechselt werden. Um dieses Missverhältnis zurechzurücken, soll die wirtschaftliche Erfolgsmessung an die verfassungsmäßigen Ziele des Wirtschaftens (Gemeinwohl) angepasst werden. Gemeinwohlbilanz (Unternehmen) und Gemeinwohlprodukt (Volkswirtschaft) messen zukünftig direkt die Zielerreichung. Je ethischer sich Unternehmen verhalten, desto leichter sollen sie zum Erfolg kommen: genau umgekehrt wie heute. So kann eine vollethische Marktwirtschaft entstehen: eine soziale, ökologische, humane, solidarische und demokratische Marktwirtschaft.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist zudem eine wirklich liberale Marktwirtschaft in der Bedeutung, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und Chancen genießen sollten, was derzeit nicht der Fall ist. Solange die Marktwirtschaft eine kapitalistische ist, wird sie – infolge der mit der falschen Zielsetzung einhergehenden Machtkonzentration – tendenziell illiberal. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist eine Marktwirtschaft *ohne* Kapitalismus, wodurch sie erst zu einer *liberalen* Marktwirtschaft werden kann.

Weltweit ist das Echo positiv bis sehr positiv. Die Bewegung wächst in regionalen Gruppen und Energiefeldern, Pionier-Netzwerken und Organisationen, Unternehmen und Universitäten. Und sie gewinnt immer mehr Mitwirkende: Auch die ersten regionalen Regierungen sind an Bord.

Internationale Leitmedien haben sehr positiv berichtet, darunter Der Spiegel, Süddeutsche Zeitung, The Guardian, RAI, El País, La Vanguardia oder RTVE. Unterstützung kommt aus allen Parteien, z. B. aus CDU, CSU, ÖVP, SPÖ, SPD, Grüne, Piraten, LINKE, FDP, ÖDP, Compromís u. v. a. m.

Wie überall, wenn eine Veränderung beginnt, regen sich aber nicht nur Begeisterung und Partizipation, sondern auch Ängste und Widerstand, speziell in Österreich. Ein Teil des konservativen Interessensvertretungssystems rund um Wirtschaftskammer, Wirtschaftsbund, Teile der Industriellenvereinigung und des Raiffeisenverbandes haben es sich offenbar zum Ziel gesetzt, die GWÖ durch ihre Medien und Netzwerke bewusst schlecht und falsch darzustellen. Fraglich ist, ob mit einer Negativkampagne gegen eine von immer mehr Menschen als notwendig erachtete Alternative die Interessen der Wirtschaftstreibenden vertreten werden. Der Impuls für die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung kam aus den Reihen der Unternehmen selbst. Anfang 2014 unterstützten bereits über 1500 Unternehmen aus 30 Staaten die Gemeinwohl-Ökonomie.

DIE KAMPAGNE

Die Kampagne hat das – offensichtliche – Ziel, die Gemeinwohl-Ökonomie mit Zwangswirtschaft, Diktatur und Kommunismus in Verbindung zu bringen, sodass möglichst wenige Menschen Lust bekommen, sich näher mit der Alternative zu beschäftigen und ein eigenständiges Bild zu machen. Dass Negativkampagnen ihre Wirkung haben, versteht sich von selbst.

Auffällig ist, dass in allen zehn analysierten Dokumenten dieser Kampagne bei den einzelnen Kritikpunkten keine Verweise auf die Originalquelle angegeben werden. Alle zehn Dokumente sind gespickt mit Unterstellungen, die in den Originaltexten nirgendwo zu finden sind.

In einigen Broschüren wird das Buch „Gemeinwohl-Ökonomie“ gar nicht im Literaturverzeichnis angeführt. Und in keinem der Texte wird auf die Neuausgabe vom Februar 2012 verwiesen, obwohl diese vollkommen überarbeitet und aktualisiert ist und den Stand der Bewegung wiedergibt, die es im August 2010, bei Erscheinen der Erstausgabe, noch gar nicht gab. Die internationale Bewegung bildete sich erst infolge des Erscheinens der Erstausgabe. Mit Ausnahme der französischen basieren alle Übersetzungen (Spanisch, Italienisch, Finnisch, Katalanisch, Polnisch und demnächst Englisch) auf der Neuausgabe von 2012.

Bei den Antworten und Kommentierungen in diesem Dossier arbeiten wir dennoch mit beiden Ausgaben, um so transparent wie möglich zu sein. Alle analysierten Texte der Negativkampagne wurden wenigstens ein Jahr nach dem Erscheinen der Neuausgabe veröffentlicht – somit muss deren vollständiges Ignorieren als bewusster Akt gewertet werden. Wie fair wäre es zum Beispiel, die Wirtschaftskammer nicht an ihrem aktuellen Programm oder ihren aktuellen Positionen zu messen, sondern an alten, die Jahre zuvor veröffentlicht und überarbeitet wurden?

Kennzeichen einer demokratischen Bewegung ist, dass ihre Inhalte laufend weiterentwickelt werden. Derselbe demokratische Anspruch, den die Gemeinwohl-Ökonomie an die Wirtschaftsordnung der Zukunft stellt, gilt selbstverständlich auch für sie selbst. Deshalb wurde beschlossen, dass alle Inhalte lediglich als Denkanstöße für breite öffentliche Diskussionen dienen sollen, aber keine Forderungen der Bewegung sind. Die einzige Forderung der Bewegung ist, dass die Wirtschaftsordnung der Zukunft in demokratischen Prozessen von unten, beginnend mit den „Kommunalen Wirtschaftskonventen“, partizipativ diskutiert und entschieden werden sollen. Dieses demokratische und ergebnisoffene Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung wird allerdings bewusst ignoriert. Erst zu diskutierende Vorschläge werden gezielt als Endergebnis in die Öffentlichkeit gebracht. Ziel der Bewegung ist es hinegegen, durch einen demokratischen Prozess zu noch viel besseren Ergebnissen zu kommen. In den dezentralen Diskussionen können sich alle Mitglieder der demokratischen Gemeinschaft, vom Wirtschafts- bis zum Gewerkschaftsbund, von der Privatperson bis zur WissenschaftlerIn, gleichberechtigt einbringen.

Diese Offenheit und Partizipationsfreundlichkeit überzeugt: Von den steirischen Unternehmen Schirnhofner bis zur Raiffeisenbank Lech am Arlberg, von der Sparda München bis zum Bildungsdienstleister Oceanográfica auf den Kanarischen Inseln zählen rund 200 Privatunternehmen aus immer mehr Staaten zu den Pionier-Betrieben. Die Fachhochschule Burgenland erstellt die Gemeinwohl-Bilanz ebenso wie die Lausanne Business School. Der Salzburger Landtag hat ein Gutachten über eine „Gemeinwohl-Modellregion“ erstellen lassen, die Landesregierung hat die Gemeinwohl-Ökonomie in das Regierungsprogramm aufgenommen. Vom Erzbischof von Barcelona bis zum Stifter des Alternativen Nobelpreises, Jakob von Uexküll, vom Hirnforscher Gerald Hüther bis zum Sänger Konstantin Wecker befürworten immer mehr Menschen die Gemeinwohl-Ökonomie und leisten ihre genuinen Beiträge dazu. Dieser wachsende Schatz wird in sämtlichen Doku-

menten der Abwehr-Kampagne vollständig ignoriert. Die Kampagne tut so, als wäre die Gemeinwohl-Ökonomie die Idee einer Einzelperson – und als bestünde sie aus unverrückbaren Forderungen, die bereits feststünden und „von oben“ durchgesetzt werden sollten.

Das wichtigste Erkennungsmerkmal der Kampagne ist, dass sie die Forderung nach einem demokratischen Prozess in einen diktatorischen Ansatz umdeutet und dadurch die maximale Diskreditierung der Idee erreichen will. Als eigener „Alternative“ wird einer „Sozialen oder Ökosozialen Marktwirtschaft“ das Wort geredet, ohne diese auch nur ansatzweise zu definieren und ohne ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die gegenwärtige Wirtschaftsordnung - eine zunehmend kapitalistische Machtwirtschaft - eine soziale und ökosoziale Marktwirtschaft tendenziell bedroht.

Offenbar löst die erste vollständige und praxistaugliche Systemalternative bei der eingebürgerten Interessensvertretung in Österreich große Ängste und Verunsicherung aus. Die folgenden Seiten laden ein, sich ein Bild über die (Darstellung der) Gemeinwohl-Ökonomie zu machen.

ANALYSIERTE TEXTE:

Der bisherige Höhepunkt der Kampagne erstreckte sich über das Jahr 2013. Folgende zehn Dokumente wurden für die folgende Analyse und Kommentierung ausgewertet.

FÜRST Erhard (2011): „Der falsche Prophet“, Wiener Zeitung, 9. August 2013.

JULIUS-RAAB-STIFTUNG (2012): „Anschlag auf unseren Wohlstand. Wie die Gemeinwohl-Ökonomie unsere Soziale Marktwirtschaft zerstören will.“, Broschüre, 24 Seiten.

SCHMIDPETER, René (k. A.): „Gemeinwohl-Ökonomie à la Felber – eine kritische Betrachtung“, wissenschaftstheoretische Begutachtung, 18 Seiten.

WIRTSCHAFTSBUND WIEN: „Der Rote Wolf im weißen Schafspelz“, Brief von Direktor Dr. Alexander Biach an Mitglieder, 2013.

WIRTSCHAFTSKAMMER STEIERMARK (2013a): „Gemeinwohl – SCHEINWOHL? Argumente für Wachstum und Wohlstand“, Broschüre, 7 Seiten.

WIRTSCHAFTSKAMMER STEIERMARK (2013b): „Wachstum und Wirtschaftssysteme. Bruttoinlandsprodukt, Gemeinwohlökonomie und Co“, Standpunkte der Wirtschaftskammer Nr. 01/2013, 30 Seiten, 9. April 2013.

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH: „Gemeinwohl-Ökonomie am Prüfstand. Eine umfassende und kritische Analyse, Dossier Wirtschaftspolitik 2013/8, 42 Seiten, 13. August 2013.

RAIFFEISENVERBAND ÖSTERREICH (2013): Brief an die Raiffeisenbank Bramberg (welche die Gemeinwohl-Ökonomie zur Generalversammlung einlud), 13. August 2013.

UNTERNEHMERIN (2013): „Vorsicht, Falle! Gemeinwohl-Ökonomie. Ein Faktencheck der Unternehmerin“, 4/2013, S. 14-15.

DIE JUNGE WIRTSCHAFT (2013): „Gemeinwohl-Ökonomie im Reality-Check“, Dezember 2013, S. 26-27.

DIE 15 ANALYSIERTEN SCHLÜSSELBEGRIFFE (EINER WIRTSCHAFTSORDNUNG):

1. „Sympathisch, aber gefährlich“
2. „(Totalitäre) Planwirtschaft“
3. Gemeinwohl als Kennzeichen einer Planwirtschaft?
4. Demokratie
5. Definition von Gemeinwohl
6. Wohl des Individuums – Gemeinwohl
7. Freiheit
8. Eigentum
9. Leistungsanreiz
10. Wettbewerb
11. Preise
12. Gewinn
13. Finanzbilanz
14. Gemeinwohl-Bilanz
15. Wissenschaftlichkeit und Objektivität

1. „SYMPATHISCH“, ABER „GEFÄHRLICH“

„So sympathisch Felbers Vision auf den ersten Blick anmutet, so dramatisch und gefährlich wäre ihre Umsetzung.“

Erhard Fürst (ehem. Chefökonom der Industriellenvereinigung).

„Was für manche auf den ersten Blick nach sympathischen Vorschlägen für eine bessere Welt klingen mag, entpuppt sich bei Detailanalyse als Neuauflage einer von oben gesteuerten Zwangswirtschaft.“

Julius-Raab-Stiftung (2013), 5.

„Was für manche auf den ersten Blick nach sympathischen Vorschlägen für eine bessere Welt klingen mag (...) entpuppt sich bei näherer Analyse leider als Neuauflage einer von oben gesteuerten Zwangswirtschaft.“

Wirtschaftsbund Wien (2013), 1.

„Durch – in der allgemeinen Wahrnehmung positiv besetzte – Schlagwörter wie „Kooperation“, „Solidarität“ und „Wertschätzung“ weckt sie Interesse und erscheint für viele Menschen auf den ersten Blick als „sympathische“ Art des Wirtschaftens.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 39.

„Die auf den ersten Blick sympathisch klingenden Forderungen der Gemeinwohlökonomie würden bei ihrer Umsetzung Unternehmerinnen das Leben schwer machen.“

Unternehmerin (2013), 14.

„Der Rote Wolf im weißen Schafspelz“

Wirtschaftsbund Wien (2013), 1.

2. („TOTALITÄRE“) PLANWIRTSCHAFT“?

„Dahinter verbergen sich jedoch gescheiterte Konzepte aus totalitären Planwirtschaftssystemen.“
Wirtschaftsbund Wien (2013), 1.

„Zur politischen Gestaltung der Gemeinwohl-Ökonomie fordert Christian Felber unter anderem die TOP DOWN-Vorgabe eines Ziels für Unternehmen – sie sollen ja dem „Gemeinwohl“ dienen.“
Wirtschaftsbund Wien (2013), 1.

„So beansprucht die Gemeinwohlökonomie für sich selbst, eine Markt- und keine Planwirtschaft zu sein. Gleichzeitig kritisiert die Gemeinwohlökonomie Wettbewerb und Konkurrenz fundamental (...) Wettbewerb und Konkurrenz sind aber wesentliche Kennzeichen eines marktwirtschaftlichen Systems, weshalb Gemeinwohlökonomie und Marktwirtschaft einander ausschließen.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3.

„Als Wirtschaftsbund Wien raten wir daher dringend ab, den Namen seines Unternehmens für die Gemeinwohl-Bilanz herzugeben, weil er veröffentlicht wird und so lediglich Werbung für die zitierten totalitären Wirtschaftstheorien gemacht wird.“
Wirtschaftsbund (2013), 1.

3. GEMEINWOHL ALS KENNZEICHEN EINER PLANWIRTSCHAFT?

„So steht in der Gemeinwohlökonomie – wie auch in den planwirtschaftlichen bzw. sozialistischen Denkschulen – die Gesellschaft als Ganzes bzw. das „Gemeinwohl“ oder das „gemeinsame Beste“ im Mittelpunkt.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 9.

„Jegliche Handlungen sollen dem „Gemeinwohl“ dienen - ein bekanntes Phänomen planwirtschaftlicher Gesellschaften.“
Wirtschaftskammer Steiermark (2013b), 20.

→ Ist das wirklich so? Wir werfen einen Blick in die Verfassungen berühmter Planwirtschaften:

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“
Bayrische Verfassung, Art. 151

Die Privatinitiative darf sich nicht im Gegensatz zum Nutzen der Allgemeinheit betätigen. Das Gesetz bestimmt die Wirtschaftspläne, damit die öffentliche und private Wirtschaftstätigkeit nach dem Allgemeinwohl ausgerichtet werden können.
Verfassung Italiens, Art. 41

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“
Deutsches Grundgesetz, Art. 14

„Die Schweizerische Eidgenossenschaft (...) fördert die gemeinsame Wohlfahrt.“
Schweizer Bundesverfassung, Art. 2

„Wir, die Menschen in den Vereinigten Staaten, im Bestreben eine vollständiger Gemeinschaft zu errichten, stellen Gerechtigkeit her, fördern das Gemeinwohl.“
Präambel, Verfassung der USA

→ Kennen die Wirtschaftskammern die Verfassungen demokratischer Staaten nicht?

Auch dürften ihnen die aktuellen Visionen der österreichischen Industriellenvereinigung entgangen sein. Die IV Österreich hat drei Visionen: „Freiheit und Lebensqualität“, „Gemeinwohl und Teilhabe“ sowie „Wohlstand und Engagement“. Das sagt die IV zu ihren Visionen:
„Eine Wirtschafts- und Sozialordnung braucht grundlegende Ziele und Visionen („Terminalwerte“), die sowohl die Zukunft der Gesellschaft, als auch die Bedeutung ihrer Wirtschaft umschreiben.“¹

Stehen die Vereinigten Industriellen deshalb bei der WKÖ jetzt unter Planwirtschaftsverdacht?

Der erste, der das Gemeinwohl näher definiert hat, war Thomas von Aquin im 13. Jahrhundert. Seither zieht sich der Gemeinwohlbegriff wie ein roter Faden durch die christliche Soziallehre bis hinein in die Verfassungen demokratischer Staaten. Der Gemeinwohl-Begriff wurde aufgrund seiner Attraktivität von vielen Seiten vereinnahmt, unter anderem von den Nationalsozialisten und der DDR. Das ist ein klarer Hinweis auf die Stärke des Begriffs. Das Buch „Gemeinwohl-Ökonomie“ greift diese Begriffsgeschichte auf:

*„Allen »großen« Begriffen ist gemein, dass sie begehrt sind. Unterschiedliche AkteurlInnen und Regime vereinnahmten sie für ihre Zwecke und Interessen. Sowohl Hitler als auch die osteuropäischen Diktaturen haben den Gemeinwohl-Begriff missbraucht. Das sollte aber kein Argument dagegen sein, den an sich stimmigen und trefflichen Begriff weiterzuverwenden. Wir streichen ja auch nicht die Begriffe »Freiheit«, »Wahrhaftigkeit« oder »Liebe« aus unserem Wortschatz, nur weil sie oft missbraucht wurden.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 11-12.*

4. DEMOKRATIE:

*„Die Gemeinwohl-Ökonomie läuft in der Praxis auf eine Gemeinwohl-Diktatur hinaus.“
Wirtschaftsbund Wien (2013), 1.*

*„Felber beschreibt keine Gemeinwohlwirtschaft, sondern ganz das Gegenteil nämlich eine Gemeinwohldiktatur, welche die positiven Seiten der Marktwirtschaft zerstört und die schlechten Seiten einer Planwirtschaft promotet.“
Schmidpeter, 14.*

*„In der Realität würde die Gemeinwohlökonomie dazu führen, dass eine Minderheit von Personen Entscheidungen für die Gesamtwirtschaft trifft und der Bevölkerungsmehrheit ihren Willen aufzwingt.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3.*

*„Gemeinwohldiktatoren à la Felber“
Schmidpeter, 11.*

Diese heftigen Unterstellungen undemokratischer Absichten sind überraschend, weil die Gemeinwohl-Ökonomie für umfassende Demokratisierung steht und in einem eigenen Kapitel (einem von zehn) sehr detailliert ausführt, wie diese Vertiefung der Demokratie – weg von den Entscheidungen Weniger zu mehr Partizipation auf allen Ebenen – konkret funktionieren könnte: über souveräne Grundrechte, dezentrale Konvente, Volksabstimmungen und mehr Wirtschaftsdemokratie. Die Konvente würden Verfassungsänderungen ausarbeiten, welche der gesamten Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt würden. Im Unterschied zu den Darstellungen der Kampagne sind häufige Reaktionen, dass die Gemeinwohl-Ökonomie „zuviel Demokratie“ fordert. Vermutlich ist es genau das, was manchen Angst macht.

¹ <http://www.iv-net.at/b2896m207/drei-visionen-fuer-oesterreich/>

ORIGINALTEXT DER GEMEINWOHL-ÖKONOMIE:

„1. Alle inhaltlichen Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie werden von zahlreichen Menschen in einem breiten Beteiligungsprozess vordiskutiert, um sie ab einem bestimmten Zeitpunkt und Reifegrad in einen sauberen Demokratie-Prozess einmünden zu lassen (...) Die vorliegende Skizze einer Gemeinwohl-Ökonomie ist also nicht das Endergebnis, sondern der Ausgangspunkt!

2. Wenn sich der demokratische Prozess nach unseren Idealvorstellungen entwickelt, wird in fünf Jahren ein direkt gewählter Wirtschaftskonvent einen Wirtschaftsverfassungsteil ausgearbeitet und die Bevölkerung diesen in einem innovativen Abstimmungsverfahren angenommen haben. Doch selbst dann bleibt das Modell selbstverständlich entwicklungsoffen – gerade weil die permanente demokratische Neuverhandlung unserer gesellschaftlichen »Leitsterne« das Herz des Gemeinwohls ist. Im Herzen des Gemeinwohls ist die Demokratie, weil sie die Mitbestimmung aller Menschen ermöglicht und damit den gleichen Wert aller Menschen, die Menschenwürde, zum Ausdruck bringt.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, Vorwort.

„Meines Erachtens ist es eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre, dass alle Kräfte, die mehr Demokratie wollen, gemeinsam ein innovatives und zeitgemäßes Demokratie-Modell ausarbeiten und dieses dann zur gemeinsamen Forderung eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses, mehr noch: einer historischen Bürgerrechtsbewegung machen (...) In Summe würden die vorgeschlagenen Maßnahmen das gegenwärtige eindimensionale Demokratie-Modell (nur repräsentative Demokratie) zu einer dreidimensionalen Demokratie weiterentwickeln: indirekte (repräsentative), direkte und partizipative Demokratie.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 138-139.

Wir können uns die Diktatur-Vorwürfe nur so erklären, dass die in der Gemeinwohl-Ökonomie vorgeschlagene Demokratisierung bei der traditionellen Interessensvertretung Panik auslöst, weil sich dann grundlegende Dinge ändern könnten. An die Stelle der Lobby- und Plutokratie träte echte Demokratie. Die wirkungsvollste Abwehr von Demokratisierungsforderungen ist die Gleichsetzung der sie vortragenden Bewegung mit totalitären Regimen:

„Somit entscheidet der Wille einiger weniger Personen darüber, welche Zielvorgaben Unternehmen von außen gesetzt werden, was investiert und somit auch produziert werden darf, wie hoch der Minimal- und Maximallohn sein darf und über wie viel Vermögen ein Haushalt verfügen darf. Die Gemeinwohlökonomie würde somit zwangsläufig in eine Zwangswirtschaft münden.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 12.

„So muss bei Investitionsentscheidungen der „Wirtschaftskonvent“ um Erlaubnis gefragt werden.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 30.

ORIGINALTEXT:

In den Wirtschaftskonventen sollen die zehn wichtigsten Spielregeln, nach denen die Wirtschaft funktionieren soll, demokratisch diskutiert, verhandelt und dem Souverän zum Beschluss vorgelegt werden (...) Auch die Inhalte, zu denen Regeln gefunden werden, sollen demokratisch festgelegt werden.
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 171-172.

Der Unterschied zwischen Kampagne und Realität: Nicht „der Wille einiger weniger Personen“ entscheidet (Unterstellung Wirtschaftskammer), sondern „der Souverän“ (Originaltext). Auf der Website der Gemeinwohl-Ökonomie befindet sich seit Dezember 2012 an prominenter Stelle (Downloads > Allgemeine Dateien) der „Leitfaden Kommunalen Wirtschaftskonvent“.² Hier können sich Interessierte auf einfachem Weg Klarheit verschaffen, wie so ein Konvent ablaufen könnte.

² <http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/sites/default/files/Konvent-Leitfaden-GW%C3%96-Gemeinde.pdf>

Die Kammer hat offenbar eine andere Agenda:

„Diese ganz willkürlichen und stetig veränderbaren strengen Gesetze und Regelungen entziehen Individuen und Wirtschaftssubjekten jegliche Planungsfreiheit und Sicherheit. Ein massiver Vertrauensbruch wäre die Folge (...) Die Gemeinwohl-Ökonomie nimmt sich zum Ziel, mehr Vertrauen in die Wirtschaft zu etablieren und zerstört diese Möglichkeit von zunehmendem Vertrauen gerade durch die inneren Mechanismen der Gemeinwohlökonomie selbst.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 15.

Gesetzliche Regelungen als „willkürlich“ zu qualifizieren ist entlarvend. Was wäre denn in einer Demokratie ein „willkürliches“ Gesetz? Willkürliche Gesetze gibt es nur in einer Diktatur. In einer indirekten Demokratie, wie wir sie heute haben, ist der Souverän allenfalls der „Willkür“ seiner Vertretung ausgesetzt, sobald diese an der Macht ist. Oft genug beschließt diese auch Gesetze, die willkürlich anmuten, weil sie im Interesse einer Minderheit beschlossen wurden. Gerade deshalb schlägt die Gemeinwohl-Ökonomie vor, dass die Grundregeln der Wirtschaft in Volksabstimmungen (über die Entwürfe der demokratisch konstituierten Wirtschaftskonvente) entschieden werden. Dann könnte der demokratische Souverän nur noch Opfer seiner eigenen Willkür werden!

Die Wirtschaftskammer versucht offenbar mit allen Mitteln den demokratischen Vorschlag der Gemeinwohl-Ökonomie in „Willkür“ und „Zwang von oben“ umzuschreiben – Kampagne statt fairer Diskussion.

Wie „willkürlich“ und vertrauensbrüchig das Parlament im gegenwärtigen – ausschließlich indirekten – Demokratiemodell vorgeht, zeigt das Beispiel „GmbH light“, ein unterstützenswerter Vorschlag der Wirtschaftskammer. Die Regierung sagte erst ja, dann nein und dann wieder ja. Das ist willkürlich und zerstört Vertrauen. Die Kritik der Wirtschaftskammer am Demokratiemodell, das solche Willkür ermöglicht, ist aber nicht bekannt.

Noch viel undemokratischer und im schlechtesten Sinne „top down“ ist die Vorgangsweise der EU-Kommission und des Europäischen Rates bei der Bankenunion, den TTIP-Verhandlungen (Transatlantisches Handelsabkommen mit den USA) oder beim Beschluss des Lissabon-Vertrages. Hier werden die BürgerInnen regelrecht übergangen und überfahren (Ignorieren von Volksabstimmungen). In diesen wirklich besorgniserregenden Fällen von Demokratieverlust bleiben die vermeintlichen VerteidigerInnen der demokratischen Freiheit auffallend still.

Die Festlegung der Verfassungsgrundlage für die Wirtschaftsordnung durch den Souverän, auf deren Grundlage das Parlament dann die Feingesetzgebung beschließt, würde genau diese Planungssicherheit für Wirtschaftstreibende bringen: Der Rahmen wird von der höchsten Instanz, dem Souverän, vorgegeben, und das Parlament kann diesen nicht „willkürlich“ verändern.

5. DEFINITION VON GEMEINWOHL:

„Die allererste Schwierigkeit bzw. Unmöglichkeit in der Gemeinwohlökonomie ist die Formulierung und Festlegung von „Gemeinwohl“. Geht es nach der Gemeinwohlökonomie, soll das „Gemeinwohl“ von einem demokratisch gewählten Wirtschaftskonvent für einen begrenzten Zeitraum festgelegt werden. Doch berücksichtigt man die Vielzahl der unterschiedlichen Menschen mit deren unterschiedlichen Charakteren, Bedürfnissen und Lebensentwürfen und vor allem mit deren unterschiedlichen Vorstellungen davon, was für sie „Gemeinwohl“ bzw. „Lebensqualität“ bedeutet, so wird die Unmöglichkeit deutlich, eine allgemein gültige Definition von „Gemeinwohl“ zu finden.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3. Quellenangabe fehlt.

An keiner Stelle schlägt die Gemeinwohl-Ökonomie vor, dass das Gemeinwohl allgemeingültig „definiert“ werden soll.

ORIGINALTEXT:

„Was bedeutet »Gemeinwohl« und wer bestimmt das? Gemeinwohl-Ökonomie hat als Leitbegriff keine a priori definierte Bedeutung außer der, dass das Wohl aller Menschen und der natürlichen Mitwelt gleich wichtig ist. Das Glück einer »größtmöglichen Zahl von Menschen«, wie wir es von den Utilitaristen kennen, wäre zu wenig, weil alle Menschen gleich wertvoll – mit Würde ausgestattet – sind. Die einzige immanente Bedeutung des Gemeinwohl-Begriffs ist also, dass das Wohl aller zählt. Sonst handelt es sich um einen »Überbegriff« im Sinne eines Verfassungsziels, der die wichtigsten Werte einer demokratischen Gemeinschaft zusammenfasst. Was die einzelnen Komponenten genau bedeuten, kann nur demokratisch ermittelt werden.“
Gemeinwohl-Ökonomie (2012), Vorwort.

Wer die Gemeinwohl-Ökonomie aufmerksam liest, erfährt, dass nur die konkrete Bedeutung der „Komponenten“ einer Gemeinwohl-Ökonomie demokratisch ermittelt werden sollen – so wie die einzelnen Bausteine jeder rechtsstaatlichen Wirtschaftsordnung demokratisch ermittelt werden müssen (wenn sie nicht „von oben zwangsgesteuert“ werden sollen).

Die einzigen beiden Komponenten (von 20), die ein umfassende Gemeinwohl-Näherung enthalten, sind die unternehmerische „Gemeinwohl-Bilanz“ (die bereits von bald 200 Unternehmen erstellt wurde) und das volkswirtschaftliche „Gemeinwohl-Produkt“. Beide Instrumente sind rein formal betrachtet keinen Neuheiten. Neu ist nur der Vorschlag ihrer demokratischen Komposition!

Das ist so zu verstehen: Derzeit macht sich – infolge der Legitimationskrise des globalisierten Kapitalismus – die Einsicht breit, dass „Wohlstand“, „Lebensqualität“ oder „Zufriedenheit“ nicht oder nicht verlässlich mit dem BIP gemessen werden können. Deshalb hat die OECD den „Better Life Index“ entwickelt, Hans Diefenbacher den „Nationalen Wohlfahrtsindex“ oder der Zwergstaat Buthan das „Bruttonationalglück“.

Ganz sicher aber lassen sich auch das „Bessere Leben“, die „Wohlfahrt“ und schon gar nicht das „Glück“ *allgemein gültig* definieren. Genauso wenig, wie in einer „Sozialen Marktwirtschaft“, welche die Wirtschaftskammer befürwortet, das entscheidende Attribut „sozial“ allgemeingültig definiert werden kann.

Alle Indizes: Better Life Index, Wohlfahrtsindex, Bruttonationalglück oder Gemeinwohl-Produkt versuchen nur die relevantesten Komponenten von Lebensqualität, Wohlfahrt oder eben Gemeinwohl zusammenzustellen, um messbar zu machen, wie gut es der Bevölkerung in einem Land geht. Da diese Indizes üblicherweise von ExpertInnen gebastelt werden – hier könnte die Demokratie-Kritik der Wirtschaftskammer zu Recht ansetzen – schlägt die Gemeinwohl-Ökonomie vor, dass sich stattdessen alle Menschen in ihren Lebensgemeinden in moderierten Prozessen die 20 relevantesten Komponenten von Lebensqualität oder eben Gemeinwohl ermitteln. So würde dann später auf Basis der „Kommunalen Gemeinwohl-Indizes“ über ein demokratisches Syntheseverfahren, das „Gemeinwohl-Produkt“ entstehen, das verlässlich, weil gezielt, das misst, was für die Menschen ihrer eigenen Aussage nach am wichtigsten ist. Im Buch „Gemeinwohl-Ökonomie“ ist das klar und unmissverständlich beschrieben, auf 100 Vorträgen wurde es genauso referiert und auf Nachfrage noch genauer erklärt.

Die Unglaubwürdigkeit der Kritik der Wirtschaftskammer wird gerade an diesem Beispiel deutlich: Just deren CSR-Abteilung³ zeichnet für das Negativ-Kampagnenpapier verantwortlich. Ist aber „soziale Verantwortung“ ein weniger allgemeiner Begriff als Gemeinwohl? Kann eine Fachabteilung der Wirtschaftskammer „soziale Verantwortung von Unternehmen“ allgemeingültig definieren? Die Begriffswahl „soziale Verantwortung“ ist jedenfalls brisant: Milton Friedman sprach sich vehement gegen die Übernahme „sozialer Verantwortung“ von Unternehmen aus, mit einer einleuchtenden Begründung: Jedes Unternehmen könne darunter etwas anderes verstehen: das eine die Einrichtung von Armenküchen für InländerInnen, das andere die Abwehr des Klimawandels mit Atomenergie; das dritte den Ausschluss Homosexueller aus ihrer Kundschaft... Gerade deshalb ist es unerlässlich, dass eine demokratische Entscheidung darüber stattfindet, was „sozial“, „verantwortlich“, „Lebensqualität“ oder eben „Gemeinwohl“ in ganz konkreten Instrumenten wie zum Beispiel der Gemeinwohl-Bilanz oder dem Gemeinwohl-Produkt bedeutet,

³ CSR = corporate social responsibility = soziale Verantwortung von Unternehmen.

sonst kann überhaupt keine sinnvolle Politik gemacht werden. Ganz analog wie die Kriterien für die „Bonität“ eines Kredites vom Basler Bankenausschuss entwickelt und für alle zum bindenden Gesetz werden. Auch hier würde die Kritik der Kammer gut passen: Ein kleiner Expertenkreis entwickelt „willkürlich“ Bonitätskriterien, die allen Banken aufgezwungen werden – ein klarer Fall von „von oben gesteuert Zwangswirtschaft“.

Solche Beispiele gibt es sonder Zahl: Förderkriterien für biologische Landwirtschaft, Energiekennzahlen für die Wohnbauförderung, differenzierte KfZ-Steuer je nach Autogröße, günstige Einspeisetarife für Ökostrom – sind das alles Ausdrücke einer von oben gesteuerten Zwangswirtschaft unter der Maske der Ethik?

Dass die Wirtschaftskammer widersprüchlich argumentiert, wird auch an folgender Aussage deutlich:

„Besser und realistischer ist es (...) durch wettbewerbliche und ordnungspolitische Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse dieses [menschlichen] Handelns in gesellschaftlich wünschenswerte Bahnen gelenkt werden.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3.

Rückfrage: Wer würde definieren, was „gesellschaftlich wünschenswert“ ist? Und welche Instanz „lenkt“ (steuert von oben) die Ergebnisse menschlichen Handelns in diese Richtung? Wird hier „Planwirtschaft“ das Wort geredet?

Spaß beiseite: Die Formulierung ist korrekt und beschreibt – die Gemeinwohl-Ökonomie: Die Wirtschaftsinitiative ist frei (für alle gleich frei) und wird sowohl durch marktkonforme Anreize (z. B. Gemeinwohl-Bilanz) als auch durch ordnungspolitische Rahmenbedingungen (z. B. Ober- und Untergrenzen für Einkommen und Erbschaften) in „gesellschaftlich wünschenswerte Bahnen gelenkt“ (in der GWÖ durch Richtungsbeschlüsse des Souveräns). Es sieht ganz so aus, als lägen Wirtschaftskammer und Gemeinwohl-Ökonomie gar nicht so weit auseinander.

Dass die Gemeinwohl-Ökonomie einen Nerv der Zeit getroffen hat, zeigt ein immer breiterer Diskurs über den gesellschaftlichen Nutzen privater Unternehmen. Beispielsweise ist in einem aktuellen Beitrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auf der Themenseite „Der Betriebswirt“ im Wirtschaftsteil nachzulesen: „Der Begriff Public Value wurde zunächst von Marc Moore für die Verwaltungswissenschaft eingeführt, um dort ein Wertschöpfungsverständnis zu fördern, was wieder die Orientierung am Gemeinwohl in den Mittelpunkt rückt. Längst jedoch hat die Public-Value-Idee die Unternehmenswelt erreicht und auch dort die Frage nach dem Abgleich am Gemeinwohl neu gestellt.“⁴

6. WOHL DES INDIVIDUUMS – GEMEINWOHL:

„Die Gemeinwohlökonomie stellt explizit das Wohl der Gemeinschaft über das Wohl des Individuums, was automatisch dazu führen muss, dass sich das Individuum dem „Gemeinwohl“ – wie auch immer dieses definiert wird – unterwerfen muss.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3. Quellenangabe fehlt.

„Die Freiheiten des Einzelnen werden folglich den Zielen des sozialen Ganzen bzw. den Zielen der Gesellschaft untergeordnet.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 9. Quellenangabe fehlt.

⁴ „Die Firma muss der Gesellschaft nutzen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Februar 2014, Beitrag von Timo Meynhardt (Managing Director des Center for Leadership and Values in Society der Universität St. Gallen und Professor für Management an der Universität Lüneburg), Peter Gomez (Verwaltungsratspräsident der Six Group und Rektor der Universität St. Gallen) sowie Markus Schweizer (Managing Partner von Ernst & Young Schweiz).

Anders, als die Wirtschaftskammer es darstellt, geht es in der Gemeinwohl-Ökonomie nicht um die „Unterordnung“ und gar „Unterwerfung“ des Individuums unter die Gesellschaft. Das entspräche dem alten dichotomen Denken „entweder (Individuum) oder (Gesellschaft)“. Das neue Denken bringt zwei wichtige Werte im Sinne eines „sowohl als auch“ in Balance. Die Gemeinwohl-Ökonomie will die Freiheit und Einzigartigkeit des Individuums gleichermaßen fördern und ermöglichen wie eine solidarische, sichere und gerechte Gemeinschaft, ohne dabei in die Extreme Individualismus (Freiheit der einen auf Kosten der anderen) oder Sozialismus (Gleichheit aller auf Kosten der Freiheit der Einzelnen) zu verfallen. Deshalb trägt das Grundlagenbuch „Neue Werte für die Wirtschaft“, aus dem heraus die Gemeinwohl-Ökonomie entstanden ist, den Untertitel „Eine Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus“. (Dort wird der Ökonom John Kenneth Galbraith zitiert: „Im Kapitalismus beutet der Menschen den Menschen aus, im Kommunismus ist es genau umgekehrt.)

Eine häufige Methode der Kampfrhetorik: Die Wirtschaftskammer unterstellt, dass die Gemeinwohl-Ökonomie das Verfolgen des eigenen Interesses *per se* in Abrede stellt. Dabei geht es in der Gemeinwohl-Ökonomie allein darum, dass das eigene Interesse nicht auf Kosten anderer angestrebt und durchgesetzt werden soll.

„Wichtig ist es an dieser Stelle, sich bewusst darüber zu werden, dass das Verfolgen eigener Ziele und Bedürfnisse nicht automatisch zu einer Schädigung der Gemeinschaft führen muss. Im Gegenteil – Adam Smith hat dargelegt, dass die Haupttriebfeder für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes im Streben des Einzelnen nach Verbesserung seiner ökonomischen Lage und Befriedigung seiner Eigeninteressen liegt. Nach Adam Smith' Auffassung fördert der Einzelne – obwohl er primär nur seine eigenen Interessen im Auge hat und nach eigenem Gewinn und Nutzen strebt – durch seine nach höchstem Ertrag strebende rationale Wirtschaftstätigkeit ungewollt und unbemerkt – quasi von einer „unsichtbaren Hand“ geleitet – gleichzeitig das Wohl der Allgemeinheit.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 21.

Die Gemeinwohl-Ökonomie arbeitet, wie schon zuvor „Neue Werte für die Wirtschaft“, intensiv mit Smith und seinem berühmten Mythos:

ORIGINALTEXT:

„Es geht mir nicht um die Anklage von Smith. Zum damaligen Zeitpunkt ist ein solcher Satz verständlich: Das Verfolgen des Eigeninteresses der »Individuen« war neu, die »Unternehmen« überwiegend winzig und machtlos, außerdem lokal eingebunden und persönlich verantwortlich: Unternehmensgründer, Eigentümer, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bildeten in vielen Fällen noch eine Personalunion. Es gab keine anonymen, globalen Aktiengesellschaften, keinen freien Kapitalverkehr und keine milliardenschweren Investmentfonds (...)

Heute [hingegen] kann ein Unternehmen erfolgreich sein, während es zur Verschärfung sämtlicher sozialer und ökologischer Probleme beiträgt. Der von Adam Smith behauptete Automatismus, dass für alle gesorgt sei, wenn jeder für sich selbst Sorge, existiert nicht. Den Zusammenhang zwischen Profit und Gemeinwohl kann es geben, aber es muss ihn nicht geben. Mit der Gemeinwohl-Bilanz wird dieser Zusammenhang verlässlich hergestellt.“

Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 22-23 und 38.

Aus diesem Grund hat der renommierte Universitätsverlag Gaudeamus in Helsinki für die finnische Übersetzung der Gemeinwohl-Ökonomie den Untertitel „Die sichtbare Hand“ gewählt:

<http://www.gaudeamus.fi/felber-nakyva/>

7. FREIHEIT:

„Das Gedankengerüst, das sich hinter dem Konzept der Gemeinwohlökonomie verbirgt, greift massiv in die Selbstbestimmungsrechte der Menschen ein.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3.

„Insgesamt würde die Gemeinwohlökonomie dazu führen, dass die Freiheit der Menschen wesentlich begrenzt wird“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 4.

„Wichtigster Kritikpunkt an der Gemeinwohlökonomie aus Sicht der Wirtschaftskammer ist aber, dass die Freiheit von Individuen und Unternehmen in der Gemeinwohlökonomie massiv beschränkt wird.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3.

ORIGINALTEXT GEMEINWOHL-ÖKONOMIE:

„Aus dem gleichen Wert aller Menschen erwächst unsere Gleichheit in dem Sinne, dass in einer Demokratie alle Menschen die gleichen Freiheiten, Rechte und Chancen genießen sollen. Und nur wenn tatsächlich alle die gleichen Freiheiten genießen, ist die Bedingung gegeben, dass alle auch wirklich frei sein können: Menschenwürde ist die Voraussetzung für Freiheit.“

Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 24.

„Wenn in einem menschlichen Gemeinwesen die Würde der Einzelnen nicht systemisch gewahrt wird, wird auch die Freiheit nicht gewahrt; denn die Wahrung der Würde – das Begegnen der Menschen als Gleich(wertig)e – ist die Voraussetzung für die Freiheit in diesem Gemeinwesen. Wenn alle den eigenen Vorteil im Auge haben, behandeln sie die anderen nicht mehr als Gleiche, sondern als »Instrumente« und gefährden dadurch die Freiheit aller. Deshalb kann eine Marktwirtschaft, die auf Gewinnstreben und Konkurrenz beruht, nicht als »freie« Wirtschaft bezeichnet werden.“

Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 15.

„Freiheit ist wichtig, aber noch wichtiger ist das gleiche Recht aller auf Freiheit.“

Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 104.

„Wird Einzelnen die Eigentumsfreiheit unbegrenzt gewährt, leidet die Freiheit der Mehrheit – oder sie geht sogar ganz verloren, weil in einer Gesellschaft mit extremer Ungleichheit Misstrauen, Angst, Gewalt, Kriminalität und Korruption zunehmen.“

Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 86.

„Das widerspricht dem demokratischen Grundprinzip der gleichen Rechte, Chancen und Beteiligungsmöglichkeiten für alle. Ebenso steht es dem liberalen Urprinzip entgegen, dass die Freiheit des einen dort enden muss, wo sie die des anderen – und damit die Gleichheit – einzuschränken beginnt.“

Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 61.

„Die Freiheit des Einzelnen wird damit – in Summe – nicht eingeschränkt, sondern erhöht.“

Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 72.

Kann es sein, dass der höchste Wert für die Wirtschaftskammer das *Privateigentum* ist, ohne Grenzen und Bedingungen? Wenn das so wäre, wäre das unserer Ansicht nach Ausdruck einer Extremposition, welche die (gleiche) Freiheit (aller) gefährdet. Die Gemeinwohl-Ökonomie hat eine differenzierte Position zum Ordnungselement Eigentum.

8. EIGENTUM

„Ein charakteristisches Merkmal der Gemeinwohl-Ökonomie ist deren Abneigung gegenüber privatem Eigentum.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 25. Quellenangabe fehlt.

Eigenwahrnehmung: Die Gemeinwohl-Ökonomie sucht eine Vielfalt von Eigentumsformen: privates, öffentliches, kollektives Eigentum sowie Nutzungsrechte. Dabei sollen Extreme vermieden werden. Ein bekanntes historisches Extrem ist die Totalverstaatlichung allen Eigentums („Kommunismus“), ein anderes die Absolutstellung von Privateigentum ohne Grenzen und Bedingungen (Kapitalismus). Die Wirtschaftskammer hängt offenbar dem zweiten Extrem an, das die Gemeinwohl-Ökonomie genauso vermeiden möchte wie das erste. Um davon abzulenken, unterstellt die Kammer der Gemeinwohl-Ökonomie eine *generelle* „Abneigung gegen Privateigentum“, wie immer ohne dafür eine Quelle anzugeben.

Privateigentum bleibt auch in der Gemeinwohl-Ökonomie die häufigste Eigentumsform (das wird an ihr auch von manchen kritisiert⁵), sie sympathisiert jedoch mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen in stärkerem Maß als heute (Voraussetzung: demokratisierter Staat; was öffentliches Gut ist, soll demokratisch entschieden werden), mit Gemeinschaftsgütern (siehe die Erkenntnisse von Elinor Ostrom) und tastet sich ganz bewusst an den Paradigmenwechsel heran, dass die Natur nicht den Menschen gehört, sondern umgekehrt diese hervorbringt, weshalb der Mensch die Natur nicht zu seinem Eigentum erklären, sondern diese nur nutzen kann. Gleichzeitig betont die Gemeinwohl-Ökonomie, dass eine solche Entscheidung nur demokratisch getroffen werden kann, sie macht nur Sinn, wenn sie mindestens von einer Mehrheit getragen wird. Sollte sie eines Tages getroffen werden, gibt es immer noch Privateigentum an Immobilien, Finanzvermögen, Wertgegenständen und insbesondere Unternehmen. Es wäre mitnichten das Ende des Privateigentums und aus der Sicht der Gemeinwohl-Ökonomie auch keineswegs ein Indiz einer *generellen* Ablehnung davon.

Die Wirtschaftskammer argumentiert, dass Privateigentum zur pfleglichsten Nutzung von Böden führe:

„Früher führte nämlich die gemeinsam Nutzung von Viehwiesen, die allen gehörten, häufig zur Übernutzung des Bodens. Erst die Privatisierung der dörflichen Viehwiesen schaffte klare Verantwortlichkeiten und führte zur pflegenden bzw. nachhaltigen Behandlung der Viehweiden durch Privateigentümer.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 26.

Eine solche Generalisierung ist aus drei Gründen nicht haltbar. Erstens gibt es auch heute noch Allmenden und Gemeinschaftsgüter, zum Beispiel Almen, die prächtig blühen und nicht übernutzt werden. Zweitens hat die Preisträgerin Elinor Ostrom gezeigt, dass die Übernutzung von Boden nicht an der (kollektiven) *Eigentumsform* selbst liegt, sondern an der Frage, ob intelligente Spielregeln gelten und eingehalten werden.⁶ Ist dies der Fall, kommt es nicht zur Übernutzung, sondern zu funktionierenden Gemeinschaftsgütern. Drittens und wichtigstens ist gerade das private Eigentum an Böden in der industriellen Landwirtschaft für deren Übernutzung, Auslaugung bis hin zur Erosion verantwortlich. Die positive Sichtweise der Wirtschaftskammer trifft unbestritten für einen Teil des – tendenziell kleinen und biologisch bewirtschafteten – Privateigentums zu, aber pauschal formuliert ist es angesichts der enormen Umweltprobleme der Agroindustrie schlicht ein ideologisches Märchen.

Die Gemeinwohl-Ökonomie schlägt im Übrigen für diesen Fall private Nutzungsrechte vor, auf welche die Wirtschaftskammer Österreich gar nicht eingeht (sie schreibt über Kollektiveigentum, nicht über private Nutzungsrechte).

⁵ [http://www.scharf-links.de/43.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=41094&tx_ttnews\[backPid\]=16&cHash=c8dd820816](http://www.scharf-links.de/43.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=41094&tx_ttnews[backPid]=16&cHash=c8dd820816)

⁶ Elinor Ostrom / Silke Helfrich: „Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter“, oekom, München 2011.

8A. GRENZEN FÜR PRIVATEIGENTUM?

„Der Teufel liegt bei der Gemeinwohlökonomie im Detail (...) Wenn es um die Beschränkung von Eigentumsrechten geht, werden die Grenzen einer liberalen, demokratischen Wirtschaftsordnung überschritten.“

Wirtschaftskammer Steiermark (2013a), 2.

„Wenn die produzierten Produktionsmittel (Maschinen etc.) nicht mehr im privaten Eigentum stehen (egal ab welcher Größe eines Unternehmens), sondern automatisch an den Staat bzw. die Allgemeinheit übergehen, werden die Grenzen einer liberalen Wirtschaftsordnung überschritten, dies entspricht einem kommunistischen System. Es handelt sich um massive Einschränkungen der menschlichen Freiheit.“

Wirtschaftskammer Steiermark (2013b), 23.

„In einigen Bereichen sind gefährliche, despotische Ansichten enthalten - etwa wenn es um die Enteignung von Grund und Boden sowie von privatem Eigentum ab gewissen Größen geht.“

Wirtschaftskammer Steiermark (2013b), 20.

→ Damit sind wir beim zweiten kontrovers diskutierten Eigentumsaspekt, der Frage der Begrenzung oder Nichtbegrenzung von Privateigentum. „Gefährlich“ und „despotisch“ sind hier erneut an erster Stelle wieder die demokratischen Verfassungen:

„Das gesamte Vermögen des Landes in seinen unterschiedlichen Formen und egal wem es gehört, ist dem Allgemeininteresse untergeordnet.“

Verfassung Spaniens, Art. 128

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“

Deutsches Grundgesetz, Art. 14

„Eigentum verpflichtet gegenüber dem Volk. Sein Gebrauch darf nicht dem Gemeinwohl zuwiderlaufen.“

Verfassung von Rheinland-Pfalz, Art. 60 (2)

„Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“

Bayerische Verfassung, Art. 123 (3)

„Nach Maßgabe besonderer Gesetze ist der Großgrundbesitz, der nach geschichtlicher Erfahrung die Gefahr politischen Mißbrauchs oder der Begünstigung militaristischer Bestrebungen in sich birgt, im Rahmen einer Bodenreform einzuziehen.“

Hessische Verfassung, Art. 42 (1)

Die Gemeinwohl-Ökonomie liegt hier ganz auf einer Linie mit den Verfassungen demokratischer Staaten und insbesondere der westdeutschen Bundesländer. In keinem einzigen Fall geht es gegen Privateigentum *an sich*, sondern um seine *Begrenzung* und *Bedingung*. Und das nicht aus einer *generellen* Ablehnung heraus, sondern als konsequente Folge *liberalen* Denkens. Liberal bedeutet in der Gemeinwohl-Ökonomie, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und Chancen genießen sollen. Damit aber die Freiheit für alle gleich sein kann, muss sie begrenzt sein – wie alle anderen Freiheiten es auch sind, ohne dass jemand deshalb auf die Idee käme, in einem unfreien Land zu leben. Im Gegenteil: Die Unbegrenztheit vieler Freiheiten würde die gleiche Freiheit anderer Menschen gefährden oder manchmal sogar eliminieren. Deshalb sind so gut wie alle Freiheiten begrenzt, zum Schutz der gleichen Freiheit aller, das ist der Kern von Liberalität:

- Niemand darf andere Menschen nach Lust und Laune berühren, wenn keine Zustimmung vorliegt. Ist das Ausdruck einer grundsätzlichen Abneigung gegen Zärtlichkeit oder Sexualität? Ist das ein Erkennungsmerkmal eines illiberalen Landes?

- Auf den Straßen gelten Geschwindigkeitsbegrenzungen (obwohl manche gerne schneller fahren könnten und würden). Ist das Ausdruck von Abneigung gegen Individualverkehr? Ist es ein Zeichen für ein illiberales Land?
- Wohnhäuser dürfen nur eine bestimmte Höhe erreichen (obwohl manch einer gerne in einem privaten Turm wohnen würde). Ist das ein Symptom für ein generelles Hausbauverbot oder ein unfreies Land?
- Niemand darf öfter als zweimal für das Amt des Bundespräsidenten bewerben. Ist das Ausdruck einer Geringschätzung des HBP? Einer illiberalen Demokratie?
- (...)

Nur ausgerechnet das Privateigentum soll unbegrenzt sein! Auch hier die gleiche liberale Gretchenfrage: Führt die größere Freiheit des einen zur Einschränkung der Freiheit anderer? Die Antwort der Gemeinwohl-Ökonomie ist: Ab einer bestimmten Grenze ganz klar ja. Mit Multimillionen oder gar Milliarden kann eine Einzelperson einen Medienkonzern oder mehrere TV-Sender kaufen und zum Beispiel bei demokratischen Wahlen sich selbst gleichere Chancen verleihen als anderen – wodurch diese Wahlen nicht mehr als demokratisch bezeichnet werden können. Berlusconi Italiens lässt grüßen. Frank Stronach kaufte sich nach dem Fußballclub auch einen Parlamentsclub – wenn das Haus der Gesetzgebung zur Ware wird, ist das das Ende von Demokratie und Freiheit. Konsequenterweise sollte das Recht auf Privateigentum dort eine Grenze finden, wo eine Person ihre politischen Einflussmöglichkeiten auf Kosten der gleichen Rechte anderer Menschen vergrößern kann.

Wie wenig solche Ideen mit Kommunismus zu tun haben, zeigen zahlreiche Zitate prominenter PhilosophInnen und ReligionsführerInnen. Hier nur zwei Beispiele:

„Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unbeschränktes Recht. Das Eigentumsrecht darf niemals zum Schaden des Gemeinwohls genutzt werden.“
Papst Paul VI aus der Sozialenzyklika „Populorum Progressio“, Rn 23-24, 1967

„Die Solidarität ist eine spontane Reaktion dessen, der die soziale Funktion des Eigentums und die universale Bestimmung der Güter als Wirklichkeiten erkennt, die älter sind als der Privatbesitz. Der private Besitz von Gütern rechtfertigt sich dadurch, dass man sie so hütet und mehrt, dass sie dem Gemeinwohl besser dienen.“
Papst Franziskus, Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium, 2013, S.171.

8B. AKTIENGESELLSCHAFTEN

„Die Unternehmensform der Aktiengesellschaft solle in Folge dessen abgeschafft werden.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 26.

→ In der Erstausgabe der Gemeinwohl-Ökonomie von 2010 steht dies tatsächlich so:

„Die Hauptbetroffenen wären Aktiengesellschaften. Diese Unternehmensrechtsform soll es aus den obengenannten Gründen in Zukunft nicht mehr geben.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 41.

Ein klarer Beweis, dass die Gemeinwohl-Ökonomie kein fixes Konstrukt, sondern eine lernende Organisation ist, ist die Weiterentwicklung der Idee der Aktiengesellschaft in der Neuausgabe vom Februar 2012, rund eineinhalb Jahre vor dem Beginn der Kampagne:

„Jedes Unternehmen, egal ob Ein-Personen-Unternehmen, gemeinnütziger Verein, Stadtwerk, Mittelständler oder börsennotierte Aktiengesellschaft, kann maximal tausend Gemeinwohl-Punkte erreichen.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 45

*„Die Aktiengesellschaft der Zukunft ist ein regionales (zum Beispiel Lebensmittel, Energie) oder globales (zum Beispiel Software, Hightech) BürgerInnenbeteiligungsunternehmen.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 70*

**„6. Regionalwert AG – Eigenkapital in der Region (Überschrift)
2006 wurde in der Nähe von Freiburg im Breisgau die Bürgeraktiengesellschaft
»Regionalwert AG« gegründet. Die rund 500 AktionärInnen ermöglichen ...“
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 146**

Das letzte Zitat bezieht sich auf ein Positivbeispiel der Gemeinwohl-Ökonomie, ein „Vorbild“. Die Gemeinwohl-Ökonomie räumt Eigenkapital von Beginn an eine wichtige Rolle in der Unternehmensfinanzierung ein – mit den beiden wesentlichen Unterschieden zu heute, dass Unternehmensanteile nicht mehr handelbar sein sollen (zur Vertiefung der Beziehung und Verantwortung zwischen EigentümerIn und Unternehmen) und dass die *finanzielle* Rendite nicht mehr das erste Investitionsmotiv sein soll. Eine detailliertere und weitergehende Entwicklung der Gedanken zur Rolle von Eigenkapital in einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft findet sich im Buch „Geld. Die neuen Spielregeln“ von Christian Felber, das im März 2014 erscheint.

8C. WILLKÜRLICHE FESTLEGUNG DURCH DEN MARKT

*„Die Regelungen in der Gemeinwohl-Ökonomie rund um Minimal- und Maximalgehalt sind vollkommen willkürliche Festlegungen.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 26.*

In der Gemeinwohl-Ökonomie gibt es, wie eingangs bereits klargestellt, gar keine *Festlegungen* auf bestimmte Werte oder Forderungen. In der Erstausgabe ist der Faktor 20 als maximale Differenz zwischen Mindest- und Höchsteinkommen explizit als „Startwert“ für eine demokratische Diskussion ausgewiesen. In der Neuausgabe findet sich der Faktor 10, weil dieser das Ergebnis der ergebnisoffenen Befragung von rund 50.000 Menschen von Skandinavien bis Südamerika ist. Die Befragung geschieht in der Gemeinwohl-Ökonomie im Zuge der spielerischen Simulierung eines demokratischen Wirtschaftskonvents. Die Anwesenden dürfen zunächst eine unbegrenzte Zahl von Vorschlägen dafür machen, ob die Einkommensungleichheit überhaupt begrenzt werden soll, und wenn ja, mit welchem Faktor zwischen Höchst- und Mindesteinkommen. In der Regel werden fünf bis sieben Vorschläge gemacht, sehr oft auch der Faktor 1 (völlige Gleichheit) und der Faktor unendlich (grenzenlose Ungleichheit). In neun von zehn Fällen gewinnt der Faktor zehn. Die WKÖ schreibt:

*„Vergleicht man die Nettogehälter (...) zwischen den bestverdienenden Managern mit dem Mindestlohn in Österreich (...), so stellt man fest, dass die Einkommensspreizung bei ungefähr 1 zu 10 liegt.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 25.*

Wie ist das zu verstehen? Wäre der Faktor 10 Ergebnis einer (basis)demokratischen Entscheidung, dann wäre das „vollkommen willkürlich“. Kommt der Faktor 10 hingegen durch das Spiel der Kräfte auf Märkten zustande, ist alles in Ordnung und demokratisch sauber? Inhaltlich hat sich die Wirtschaftskammer etwas verrechnet: Das höchste medial kolportierte Einkommen eines österreichischen Managers ist das des damaligen Magna-CEO Siegfried Wolf, der im Jahr 2010 rund 11 Millionen Euro verdiente.⁷ Die niedrigsten Bruttojahreseinkommen in Österreich liegen mit durchschnittlich 9.500 Euro im Beherbergungs- und Gastronomiebereich.⁸ Das ergibt bei den Bruttoeinkommen den Faktor 1157.

⁷ ORF online, 4. April 2011.

⁸ Allgemeiner Einkommensbericht 2012“ des Rechnungshofes.

9. LEISTUNGSANREIZ:

„Darüber hinaus fehlen in der Gemeinwohlökonomie Leistungsanreize. Sobald ein Mensch den zehnfachen Lohn des Minimallohns erreicht hat, bestehen für diesen keine zusätzlichen (materiellen) Leistungsanreize mehr.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), .

„Das Prinzip der individuellen Leistungsorientierung wird angegriffen! (...) Durch die Limitation von individueller Freiheit gibt es in diesem System kaum Anreize, individuell besser zu werden.“

Wirtschaftskammer Steiermark (2013b), 20.

„Unternehmerische Anreize und das Prinzip der individuellen Leistungsorientierung werden gezielt untergraben.“

Wirtschaftskammer Steiermark (2013a), 3.

In der Gemeinwohl-Ökonomie gibt es unterschiedlichste Anreize, individuell besser zu werden:

- Ich kann jederzeit ein Unternehmen gründen (zum Teil einfacher als heute).
- Ich kann mich bilden und fortbilden nach Belieben, sogar besser, weil das öffentliche Bildungssystem besser finanziert sein soll als heute.
- Ich kann die Qualität der Produkte meines Unternehmens verbessern, hier gibt es keinerlei Begrenzung.
- Ich kann die Beziehungen innerhalb des Unternehmens und zu anderen Unternehmen und Stakeholdern verbessern, dafür werde ich dank Gemeinwohl-Bilanz sogar belohnt!
- Ich kann bis zum demokratisch festgelegten Maximum auch mein Finanzeinkommen verbessern, wenn mir das wichtig ist.

Wir können nur vermuten, dass die WK-Autoren drei impliziten Irrtümern aufsitzen. Implizit, weil sie ihre Behauptung nicht begründen.

1. Dass der einzige *einzig*e „Anreiz, individuell besser zu werden“ Geld ist;
2. Dass durch eine Obergrenze bei Geldeinkommen der Anreiz, besser zu werden, verloren geht;
3. dass dieser Anreiz im gesamten System verloren geht, weil es wörtlich „kaum“ noch Anreize gibt - logischerweise muss eine Mehrheit betroffen sein.

Zu diesen – vermuteten – impliziten Annahmen ist zu sagen:

1. Geld ist der einzige Leistungsanreiz: Diese Annahme ist wissenschaftlich widerlegt. Geld ist ein wichtiger Anreiz bis zur Deckung von Grundbedürfnissen, und das wird in der Gemeinwohl-Ökonomie nicht nur nicht eingeschränkt, sondern sogar gefördert (gesetzliche Mindestlöhne, Verringerung der Ungleichheit). Die Deckung von Grundbedürfnissen wird sogar zum Ziel des Wirtschaftens!
2. Mit einer Obergrenze für Geldeinkommen geht Leistungsanreiz verloren. Geld fließt in der Gemeinwohl-Ökonomie in Form von Finanzeinkommen nicht nur bis zur Höhe der Deckung der Grundbedürfnisse (Mindestlohn), sondern bis zu einem demokratisch beschlossenen Vielfachen dieser Höhe, zum Beispiel bis zum Zehnfachen (anstatt wie heute in Ö bis zum Tausendfachen). Der Zusammenhang zwischen mehr Zufriedenheit und höherem Einkommen ist ab dieser Höhe empirisch nicht mehr gegeben. Der Anreiz „Noch mehr als schon sehr viel Geld“ ist wissenschaftlich nicht belegbar. Hingegen ist wissenschaftlich belegt, dass die Zunahme von Ungleichheit der Gesellschaft umfassend schadet. Richard Wilkinson und Kate Pickett haben durch zahlreiche Statistiken belegt, dass zu starke

Einkommens- und Vermögensunterschiede in der Gesellschaft zu einer Zunahme von Krankheiten, Gewalt, Kriminalität und Sterblichkeit führen.⁹

3. Der Leistungsanreiz geht im ganzen System verloren. Wenn der Effekt der Gemeinwohl-Ökonomie wäre, dass es „kaum“ noch Anreize gäbe, wie die Autoren schreiben, müsste logischer Weise die Mehrheit betroffen sein. Doch von Einkommen über dem beispielsweise Zehnfachen des Mindestlohns ist nur eine winzige Minderheit betroffen. Es ist empirisch belegt, dass die Verringerung der extremen Ungleichheit die Motivation der Mehrheit erhöht. Im gesamten System wird der mögliche Motivationsverlust Einzelner, die „nur“ noch das Zehnfache des Mindestlohnes verdienen dürfen, durch die stärkere Motivation infolge der Wahrung und des Wahrnehmens von Leistungsgerechtigkeit, überkompensiert. Handelt es sich wirklich um einen „Angriff auf die Leistungsorientierung“ - oder um Grenzen für die Gier?

10. WETTBEWERB:

„Gleichzeitig kritisiert die Gemeinwohl-Ökonomie Wettbewerb und Konkurrenz fundamental und möchte diese Mechanismen auch abschaffen.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3. Quellenangabe fehlt.

„In der Gemeinwohl-Ökonomie soll es weder Wettbewerb noch Konkurrenz geben.“

Unternehmerin (2013), 15. Quellenangabe fehlt.

„In der Gemeinwohl-Ökonomie gibt es weder Wettbewerb noch Konkurrenz, sondern nur noch Kooperation zwischen Unternehmen.“

Die junge Wirtschaft (2013), 26. Quellenangabe fehlt.

„Der Wettbewerb als Korrektiv wird beseitigt, ein hierarchisch starker Staat organisiert die Wirtschaft.“

Wirtschaftsbund Wien (2013). Quellenangabe fehlt.

„Wohin die Abschaffung des Wettbewerbsmarktes führt, haben uns die kommunistischen Länder im 20. Jahrhundert gezeigt. Man denke an das ostdeutsche Vorzeigefahrzeug »Trabi«.“

Erhard Fürst (2013).

ORIGINALTEXT:

Wer sich sozialer, ökologischer, demokratischer, solidarischer verhält, sollte es leichter haben als der Asoziale und Rücksichtslose! Er müsste – nach heutigem Verständnis – einen Wettbewerbsvorteil genießen.

Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 28.

Um die Demokratische Bank keinem unfairen Wettbewerb auszusetzen, dürfen private Banken ebenfalls nur noch in nichtgewinnorientierten Rechtsformen wie Genossenschaften existieren.

Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 58.

Die Kooperation ist ein Mittel zum höheren Zwecke der Konkurrenz und Kontraktion – genau das falsche Verhältnis.

Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 143.

In der Gemeinwohl-Ökonomie wird der Wettbewerb nicht abgeschafft.

Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 62.

⁹ Richard Wilkinson / Kate Pickett: (2009): „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“, Tolkmitt Verlag, Berlin.

WAS IST DER GENAUE VORSCHLAG DER GEMEINWOHL-ÖKONOMIE?

Zunächst ist die Gemeinwohl-Ökonomie eine wirklich liberale Marktwirtschaft in Unterscheidung zur gegenwärtig tendenziell vermachtenden Wirtschaft: der Marktzugang für Neulinge ist kaum oder gar nicht möglich, der Abgang von Dinosauriern wird mit staatlich organisierten Rettungsaktionen verhindert, in vielen Branchen dominieren Oligopole: illiberale Marktwirtschaft. „Liberal“ hieße, dass alle die gleiche Chance haben, am Markt teilzunehmen. Das kann zu einer größeren Zahl von Neugründungen führen als heute.

Das gleiche Recht für alle, ein Unternehmen zu gründen, führt zunächst *per se* weder zu Konkurrenz noch Kooperation, sondern zu „Koexistenz“. Entscheidend ist, welche Umgangsform kultiviert und gefördert wird. Es ist möglich und heute üblich, den Wettbewerb bis zu seinen aggressivsten Formen zu fördern: TV-Werbung (die Informations-Asymmetrie und damit Ineffizienz fördert), Preisdumping, Sperrpatente und Kannibalismus.

In der Gemeinwohl-Ökonomie führen diese aggressivsten Formen des Gegeneinanders zu Nachteilen, während kooperatives und solidarisches Verhalten zu Vorteilen führt. Niemand muss kooperieren und anderen helfen, aber wer es tut, gewinnt dadurch.

→ Weit verbreitet löst die Idee, dass Unternehmen *prinzipiell* miteinander kooperieren, die Angst vor der Bildung von Kartellen aus:

„Funktionierender Wettbewerb mit einer Vielzahl von Konkurrenten begrenzt darüber hinaus wirtschaftliche Macht. Würden sich die Unternehmen hingegen zusammenschließen und miteinander kooperieren, könnten sie höhere Preise diktieren und hätten keinerlei Anreize, innovativ zu sein und neue bzw. bessere Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 19.

Dieses Argument ist im alten Paradigma gedacht: Die Kartellbildung zum Schaden Dritter macht nur Sinn, um den kapitalistischen Unternehmenszweck zu erfüllen: die Maximierung des Gewinns respektive des eigenen Nutzens (auf Kosten anderer). Davor schützt heute eine – viel zu schwache – Anti-Kartell-Gesetzgebung in der EU, die in der Gemeinwohl-Ökonomie verstärkt und durch eine globale Fusionskontrolle und Marktaufsicht ergänzt würde – nach der Logik: kein Markt ohne Aufsicht und Fusionskontrolle.

Im neuen Paradigma ist der Unternehmenszweck ein anderer, der mit entsprechenden Anreizinstrumenten und Erfolgsindikatoren gemessen und gefördert wird: der Beitrag zum Gemeinwohl. Kooperation wandelt sich dadurch von einem Mittel zum Schaden Dritter in ein Mittel zum Nutzen Dritter. Das ist der zentrale Paradigmenwechsel auf dem Weg zur Gemeinwohl-Ökonomie: Anstatt um den eigenen Vorteil zu kon(tra)kurrieren, kooperieren die Unternehmen, um das Gemeinwohl zu mehren. Hemmungen des Gegeneinander-Agierens und negative Rückkoppelungen bei monetären Zielgrößen helfen den Fokus vom Geld aufs Gemeinwohl zu schwenken.

Teil davon ist die Einladung an alle Unternehmen, ihre „optimale Größe“ zu definieren und anzustreben. Das ist ein bisher ungebrochenes Evolutionsprinzip: Jeder lebendige Organismus hat eine optimale = maximale Größe, nach deren Erreichen er nicht mehr wächst. Die allermeisten bleiben winzig, alle bleiben relativ klein. Obwohl die Evolution seit Hunderten von Millionen von Jahren andauert, werden die einzelnen Exemplare aller Spezies nicht größer, zum Teil sterben die größten sogar wieder aus. Gleichzeitig nimmt die Vielfalt kontinuierlich zu. Das ist das Bild einer Gemeinwohl-Marktwirtschaft: Wachsende Vielfalt ohne Saurier, Oligo- und Monopolisten.

Der Wachstums- und Fresszwang ist heute systemimmanent, weil Unternehmen a) ihren Erfolg primär im Finanzgewinn messen und b) einander nicht nur konkurrenzieren, sondern sogar kannibalisieren dürfen. Das ist die Kernursache für den Wachstumszwang in der Wirtschaft: Wenn ich keinen höheren Finanzgewinn erziele als der Konkurrent, könnte dieser mich fressen. Deshalb muss ich versuchen, einen höheren Gewinn zu erzielen und schneller zu wachsen, damit ich ihn zuerst fressen kann.

Ein besonders kurioses Argument bringt Schmidpeter, auf den sich andere häufig beziehen:

„Diese auch psychologisch notwendige Differenzierung zwischen Groß- und Kleingruppen kommt bei Felber nicht vor. Er untermauert viel mehr seine normativen Überzeugungen mit einseitigen ausgewählten empirischen Beobachtungen. Und daher ist sein Vorschlag Werte bzw. Verhaltensweisen direkt von der Klein- auf die Großgruppe zu übertragen empirisch nicht haltbar. Allein aus dieser mangelnden Differenzierung zwischen Groß- und Kleingruppen weisen seine ganzen weiteren Ausführungen schwere konzeptionelle Mängel auf.“

Schmidpeter, 4. Quellenangabe fehlt.

„In der Gemeinwohlökonomie wird zwischen unterschiedlichen Arten von Gruppierungen in keiner Weise unterschieden, und es wird dementsprechend unterstellt, dass sich Individuen in allen Lebenssituationen in gleicher Weise verhalten.“

Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3. Quellenangabe fehlt.

„Felber kritisiert, dass heute in der Wirtschaft ganz andere Werte gelten als in unseren alltäglichen zwischenmenschlichen Beziehungen (...) Felber überspielt damit, dass es einen natürlichen Unterschied gibt, ob ein Mensch in der Familie (Kleingruppe) oder in der Weltgemeinschaft (Großgruppe mit über 7.000.000.000 Menschen) agiert – ganz unabhängig vom politischen System.“

Raiffeisenverband (2013), 2.

Die Gemeinwohl-Ökonomie behauptet das an keiner Stelle, das widerspräche nicht nur wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern auch den Lebenserfahrungen der meisten Menschen. Solche *strategischen Missverständnisse* dienen offensichtlich der Ablenkung von der Botschaft der Gemeinwohl-Ökonomie. Diese ist schlicht, dass die Regeln, die in der globalen Wirtschaft ohnehin gelten (derzeit: freier Kapitalverkehr, Handelsfreiheit, Investitionsschutz) dahingehend geändert werden sollen, dass humane, soziale und nachhaltige Verhaltensweisen belohnt werden: dass ethisches Wirtschaften zu Wettbewerbsvorteilen führt anstatt zu Nachteilen. Ein für manche offenbar unerträglicher Gedanke. Oder aber: Diese implizite Argumentation mit der Menschennatur lenkt davon ab, dass die Marktgesetze keine Naturgesetze sind, sondern politische Entscheidungen. Und davon, dass die gegenwärtigen Spielregeln diese destruktiven Verhaltensweisen erst hervorrufen. Hier möchte die Gemeinwohl-Ökonomie ansetzen und, ganz unabhängig von der Menschennatur, ethische Verhaltensweisen und Strategien, fördern – innerhalb einer freien und liberalen Marktwirtschaft.

Mit derselben Argumentation – der Mensch verhalte sich in Großgruppen anders als in Kleingruppen – könnte man auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wieder abschaffen. Gerade weil die Gefahr besteht, dass Menschen im (globalen) öffentlichen Raum einander nicht gleich liebe- und rücksichtsvoll behandeln wie in Familien, werden diese humanen Grundwerte geschützt und rechtlich verbrieft. Die konsequente Fortsetzung dieses Projekts im Bereich der Wirtschaft wäre eine ethisch fundierte Gemeinwohl-Ökonomie anstelle des (von oben zwangsgesteuerten) Ego-Kapitalismus.

Dass das Wissenschaftsparadigma in der Evolutionstheorie, Biologie, Gehirnforschung, Spieltheorie und Heterodoxer wie Postautistischer Ökonomie in Richtung Kooperation schwankt, ist bei renommierten zeitgenössischen WissenschaftlerInnen nachzulesen:

„Die Kooperation ist die Chefarchitektin der Evolution.“¹⁰

Martin Nowak, Professor für Biologie und Mathematik in Harvard

„Ohne das Gelingen von Kooperation kann nichts entstehen, was lebensstüchtig ist.“¹¹

Joachim Bauer, Neurobiologe, Arzt und Psychotherapeut, Freiburg

¹⁰ Martin A. Nowak / Roger Highfield: „Kooperative Intelligenz. Das Erfolgsgeheimnis der Evolution“, C. H. Beck, 2013. München, S. 17.

¹¹ Joachim Bauer: »Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren«, Hoffmann und Campe, Hamburg 2006, S. 166.

„Die bisherige Wettbewerbsgesellschaft muss in eine kooperative, verantwortungsbewusste Gesellschaft umgewandelt werden. Das ist die attraktivste, innovativste und wichtigste Aufgabe für den Mann von heute und morgen.“
Gerald Hüther, Neurobiologe, Göttingen

Der Mathematiker Tsasuya Sasaki hat spieltheoretisch untersucht, was passiert, wenn jene belohnt werden, die kooperieren. Ergebnis: Selbst wenn nur ganz wenige Individuen anfangen, gemeinnütziges Verhalten zu belohnen, entwickle sich Kooperation.¹² Genau das ist der Kern der Idee einer „Kooperativen Marktwirtschaft“, welche die Gemeinwohl-Ökonomie vorschlägt.

11. PREISE:

„Aus der Abneigung gegenüber dem am Markt gebildeten Preis kann geschlossen werden, dass der Preis in der Gemeinwohlökonomie nicht mehr durch die freien Marktmechanismen zustande kommen soll, sondern vermutlich nach „ethischen Gesichtspunkten“ festgelegt werden soll (...) Der Marktmechanismus ist dann außer Kraft gesetzt, weshalb die Gemeinwohlökonomie gar keine Marktwirtschaft sein kann.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 18.

„Preise werden in der Gemeinwohl-Ökonomie nicht mehr am Markt gebildet.“
Unternehmerin (2013), 15. Quellenangabe fehlt.

„Preise werden in der 'Gemeinwohl-Ökonomie' nicht mehr am Markt gebildet.“
Die Junge Wirtschaft (2013), 27. Quellenangabe fehlt.

ORIGINALTEXT:

„Die Finanzbilanz bleibt weiterhin bestehen, weil es in der Gemeinwohl-Ökonomie nach wie vor Geld und Produktpreise gibt.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 35.

„Wenn wir eine Marktwirtschaft von der Planwirtschaft dadurch unterscheiden, dass es a) private Unternehmen gibt und b) Geld und somit Preise, dann handelt es sich eindeutig um eine Marktwirtschaft.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 144.

„Die Gemeinwohl-Ökonomie ist eine Form der Marktwirtschaft (wenn auch eine kooperative und keine kapitalistische Marktwirtschaft), in der es private Unternehmen, Geld und Produktpreise gibt, die sich auf Märkten bilden.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 50.

In der Gemeinwohl-Ökonomie bilden sich grundsätzlich alle Preise auf Märkten, mit Ausnahme weniger strategischer Preise wie der Preis für Geld (Zins), für Rohstoffe und der Mindest- und Höchstpreis für menschliche Arbeit. Wer die Gemeinwohl-Ökonomie aufmerksam liest, kann zu gar keinem anderen Schluss kommen. Hingegen ist ganz bewusst die „Internalisierung externer Kosten“ vorgesehen, was die Preisbildung auf den Märkten beeinflussen wird – in der Bedeutung, dass alle Kosten, die von WirtschaftsakteurInnen verursacht werden (z. B. ökologische, soziale, Gesundheits- und Sicherheitskosten) auch von diesen getragen und in die Marktpreise integriert werden. Diese „Internalisierung externer Kosten“ ist auch unter „Kostenwahrheit“ und „VerursacherInnenprinzip“ bekannt und längst zum „Common sense“ geworden. Dass die Wirtschaftskammer diese Reform nun in Richtung „Planwirtschaft“ zu drehen versucht, kann nur als Plädoyer dafür verstanden werden, dass rücksichtslos wirtschaftende Unternehmen auch in Zukunft die Folgekosten ihrer Tätigkeit auf die Gesellschaft abwälzen können.

¹² Die Forschungsergebnisse wurden in den „Biology Letters“ publiziert, derStandard.at, 2. Februar 2014: <http://derstandard.at/1389858533414/Auch-wenig-Belohnung-staerkt-die-Kooperation>

12. GEWINN:

*„Gewinne dürften nicht mehr erzielt werden, sondern nur noch Überschüsse.“
Wirtschaftskammer Österreich, 6. Keine Quellenangabe.*

*„Das Ziel, einen Gewinn zu erwirtschaften wird zum Feindbild erklärt!“
Wirtschaftskammer Steiermark, 20. Keine Quellenangabe.*

*„In der Gemeinwohl-Ökonomie dürfen keine Gewinne erzielt werden, nur mehr Überschüsse für das Gemeinwohl.“
Unternehmerin, 15. Keine Quellenangabe.*

ORIGINALTEXT:

*„Der Gewinn wird vom Zweck zum Mittel.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 35.*

*„Das Gros der volkswirtschaftlichen Investitionen wird aus den Überschüssen = Gewinnen der Unternehmen finanziert, das darf und soll auch in Zukunft so bleiben.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 36.*

*„Gewinne können nicht aus dem Unternehmen hinausgeschüttet werden“
Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 43.*

*„Die Gemeinwohl-Ökonomie schafft weder die Finanzbilanz ab, noch verbietet sie privaten Unternehmen, Gewinne zu erzielen.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 15.*

*„Da Gewinne sowohl nützlich als auch schädlich sein können, werden sie je nach Verwendung differenziert und in einigen Fällen begrenzt, um das Überschießen in den Kapitalismus – die Akkumulation um der Akkumulation willen – in eine sinnvollere Richtung umzulenken.“
Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 50.*

13. FINANZBILANZ:

*„Da in der Gemeinwohlökonomie nicht mehr Finanzkennzahlen und Gewinn das Ziel der Unternehmen seien, sondern das „Gemeinwohl“, solle die Finanzbilanz durch eine Gemeinwohlbilanz ersetzt werden.“
Wirtschaftskammer Österreich, 6. Keine Quellenangabe.*

ORIGINALTEXT:

*„Die Finanzbilanz bleibt weiterhin bestehen, weil es in der Gemeinwohl-Ökonomie nach wie vor Geld und Produktpreise gibt, sie wird aber zur Nebenbilanz.“
Die Gemeinwohl-Ökonomie 2010, 35.*

*Die bisherige Hauptbilanz, die Finanzbilanz, wird zur Neben- und Mittelsbilanz. Sie bildet nur noch ab, wie das Unternehmen seine Kosten, Investitionen und Vorsorgen deckt, aber nicht mehr den unternehmerischen »Erfolg«.
Die Gemeinwohl-Ökonomie 2012, 39.*

Alle knapp 200 Pionier-Unternehmen der Gemeinwohl-Ökonomie erstellen eine Gemeinwohl- und eine Finanz-Bilanz. In einigen Fällen sind Geschäfts- und Gemeinwohl-Bericht integriert wie zum Beispiel bei der Raiffeisenkasse Lech am Arlberg:

<http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de/content/beispiele-f%C3%BCr-gemeinwohl>

14. GEMEINWOHL-BILANZ:

„Weiters würde es in einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft einer zentralen Stelle bedürfen, die für jedes einzelne Unternehmen überprüft und feststellt, inwieweit Gemeinwohlziele erreicht wurden (...) Das bedeutet, dass eine zentrale Stelle für jedes einzelne Unternehmen feststellen muss, inwieweit Gemeinwohlziele erfüllt wurden, und diese entscheidet, welche steuerlichen, finanziellen oder sonstigen Vorteile bzw. Belohnungen diesem Unternehmen gewährt werden.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 13. Verweis auf die Originalquelle fehlt.

ORIGINALTEXT:

„Eine der häufigsten Fragen war, wer denn die Bilanz prüfen soll: Wenn die Unternehmen die Bilanz selbst erstellen dürfen – dann könnte sich ja jedes Unternehmen selbst bewerten. Bräuchte es da nicht einen »Leviathan«-Staat, der jedes Unternehmen auf Schritt und Tritt verfolgt und überwacht? Braucht es nicht, es braucht den Staat – fast – gar nicht. Der Markt würde sich in diesem Fall tatsächlich selbst regulieren! Um das anschaulich zu machen, vergleichen wir zunächst, welchen Weg heute eine Finanzbilanz geht: Sie wird vom Unternehmen intern erstellt, intern geprüft (Controlling, interne Revision) und geht dann nach außen zur WirtschaftsprüferIn. Mit dem Testat der WirtschaftsprüferIn – ein freier Beruf – »gilt« die Bilanz, woraufhin erst der Staat kommt und einen Steuerbeitrag einfordert: Das Finanzamt macht den Abschluss. Mit der Gemeinwohl-Bilanz ist es ähnlich und doch einfacher: Sie wird vom Unternehmen erstellt und erst intern geprüft (Gemeinwohl-Beauftragte) und dann extern: von der Gemeinwohl-AuditorIn. Danach ist Schluss: Mit dem Testat der Gemeinwohl-AuditorIn gilt die Bilanz, und das Unternehmen fällt automatisch in eine bestimmte Mehrwertsteuerstufe, Zolltarifstufe, Kreditkonditionenklasse. Der Staat macht – nichts. Außer beim öffentlichen Einkauf und bei Ausschreibungen: Dort wirft er zuerst einen Blick auf die Gemeinwohl-Bilanz und dann erst auf den Preis.“
Gemeinwohl-Ökonomie (2012), 48-49.

15. WISSENSCHAFTLICHKEIT UND OBJEKTIVITÄT:

„Die Grundannahmen, auf denen die Konstruktion der Gemeinwohlökonomie aufgebaut wird, sind größtenteils wertende Aussagen, die die grundlegenden Erkenntnisse und Prinzipien der Volkswirtschaftslehre ignorieren.“
Wirtschaftskammer Österreich (2013), 3

„Viele Forderungen und Thesen der Gemeinwohlökonomie sind rein normative d.h. wertende Aussagen. Auf historische bzw. theoriegeschichtliche Auseinandersetzungen einer gesamten Fachrichtung, nämlich der Ökonomie oder Volkswirtschaft, wird größtenteils verzichtet.“
Wirtschaftskammer Steiermark (2013b), 20.

„Nutzen Sie die beiliegende Broschüre, um die wahren Hintergründe der Gemeinwohl-Ökonomie aufzuzeigen.“
Wirtschaftsbund Wien, 2.

Naturgemäß sind die Aussagen der Gemeinwohl-Ökonomie wertend. Es gibt keine wertfreien Aussagen darüber, wie die Wirtschaftsordnung beschaffen sein soll. Mit dieser Formulierung unterstellt die Wirtschaftskammer, dass es "wertfreie" Aussagen, wie eine Wirtschaftsordnung sein soll, gäbe. State of the art der zeitgenössischen Wissenschaft ist, dass es "Objektivität" nicht gibt (Einstein, Heisenberg u. v. a.). Weder gibt es eine "objektive Realität" noch – schon gar nicht – eine wertfreie Vorstellung darüber, wie eine gesellschaftliche (Wirtschafts-)Ordnung beschaffen sein soll.

„Ökosoziale Marktwirtschaft“ ist zum Beispiel eine multiple Wertung: Es soll eine Marktwirtschaft sein, und sie soll ökologisch und sozial sein. „Werten“ ist nicht schlimm, es geht ja gar nicht anders. Nur sollen die Interessensvertretungen nicht so tun, als würden andere „werten“ und sie selbst nicht.

Mit dieser Rhetorik wiederholen die WK Steiermark und Österreich genau das, was an der klassischen ökonomischen „Wissenschaft“ kritisiert wird: Sie tut so, als wäre der Markt wertfrei. Das ist aber genauso wenig der Fall wie in der Wissenschaft. Der Markt basiert auf mächtigen „inhärenten“ Werten, die das Verhalten der MarktakteurInnen steuern, z. B. Geld ist das wichtigste, Kannibalismus führt zum Erfolg, Größe zählt, ethisches Verhalten führt zum Nachteil, individueller Erfolg auf Kosten anderer und die Abwälzung von Kosten („Externalisierung“) ist möglich.

Das Verbergen der eigenen normativen Positionen und Werte und die Behauptung, die eigene Ansicht sei „wertfrei“ oder gar „natürlich“, ist ein Definitionskriterium von Ideologie, und gleichzeitig ein beliebtes Herrschaftsinstrument. Die effektivsten Machtwerkzeuge sind die unsichtbaren. Die Gemeinwohl-Ökonomie baut selbstverständlich auf normativen Annahmen und Werten auf, sie macht diese im Unterschied zur (neo)klassischen Ökonomie aber transparent. Sie sagt: Ethisches Verhalten soll zum Erfolg führen, ein demokratischer Prozess soll zu einer mehrheitlich akzeptierten Wirtschaftsordnung führen.

„Da Christian Felber den Anschein erweckt, keinerlei ökonomische Kenntnisse zu haben, scheint es notwendig ihm die systematische Rolle von Wettbewerb und Kooperation in der modernen Gesellschaft zu erklären.“

Schmidpeter, 6.

Theoretisch besteht natürlich die Möglichkeit, dass ein Universitätslektor, der 12 Wirtschaftsbücher, darunter eine Reihe von Bestsellern, geschrieben hat, und Lehraufträge an mehreren Universitäten hat, „keinerlei ökonomische Kenntnisse“ hat, doch besonders plausibel ist diese Annahme nicht. Plausibler ist, dass Herr Schmidpeter mit solchen Behauptungen die Gemeinwohl-Ökonomie in ein schlechtes Licht rücken möchte.

Das gelingt teilweise. Mehrere Kritikpunkte und Unterstellungen Schmidpeters werden in anderen Kampagnen-Texten aufgegriffen:

„Auf historische bzw. theoriegeschichtliche Auseinandersetzungen einer gesamten Fachrichtung, nämlich der Ökonomie oder Volkswirtschaft, wird größtenteils verzichtet.“

Wirtschaftskammer Steiermark (2013b), 20.

Diese Aussage ist ganz besonders kurios, weil die Wirtschaftskammer Steiermark in ihrer 30-seitigen Broschüre im ganzseitigen Literaturverzeichnis weder die Gemeinwohl-Ökonomie noch das Grundlagenbuch „Neue Werte für die Wirtschaft“ oder ein anderes Buch von Christian Felber anführt. Hingegen enthält das „Literaturverzeichnis“ den Negativkampagnen-Flyer der Julius-Raab-Stiftung: *„Anschlag auf unseren Wohlstand - Wie die Gemeinwohl-Ökonomie unsere Soziale Marktwirtschaft zerstören will“*¹³. Diese Unausgewogenheit der Quellennachweise richtet sich selbst: Die steirische Wirtschaftskammer macht sich die Mühe, eigens eine 30-seitige Broschüre zu einem Thema der Zeit herauszugeben, verzichtet aber im Literaturverzeichnis bewusst auf die Nennung des Buches, das die Grundlage ihrer Aufregung ist. Damit schließt sich ein Zirkel: Die WK wirft der Gemeinwohl-Ökonomie den Verzicht auf eine „Auseinandersetzung mit der ökonomischen Theoriegeschichte vor“, welche in Form zweier umfangreicher Bücher vorliegt, die aber von der Wirtschaftskammer verschwiegen werden. Wie sollen sich da die LeserInnen selbst ein vollständiges Bild machen? Ein demokratischer Diskurs sieht anders aus bzw. kann auf diese Weise gar nicht stattfinden.

¹³ <http://www.juliusraabstiftung.at/unsere-ideen/54.analyse-wirtschaftsmodelle-am-pruefstand.html>

FAZIT:

Auch wenn die zehn analysierten Kampagnen-Texte gespickt mit Unterstellungen sind und über weite Strecken Diffamierungscharakter haben, so ist die angestoßene Diskussion an sich wertvoll: Im Unterschied zur eher oberflächlichen öffentlichen Diskussion rund um tagespolitische und auch Wahlkampf-Themen gehen die hier diskutierten 15 Schlüsselbegriffe an die Fundamente einer Wirtschaftsordnung. Im Vertrauen darauf, dass sich kritische und freie Menschen selbst ein Bild machen können, sind wir der Wirtschaftskammer & Co. für ihre umfassenden Diskussionsbeiträge auch dankbar. Wir stehen für eine öffentliche Diskussion zur Verfügung, die Gemeinwohl-Ökonomie wird 2014 in ganz Österreich öffentliche Diskussionen im Sinne einer demokratischen Auseinandersetzung initiieren. Vielleicht inspiriert diese Debatte StaatsbürgerInnen, die sich am „großen Wandel“ beteiligen und engagieren wollen, in ihrer Wohnsitzgemeinde einen „kommunalen Wirtschaftskonvent“ zu initiieren, in dem die VertreterInnen von Wirtschaftsbund, Raiffeisenverband und Industriellenvereinigung ihre Vorschläge gleichberechtigt einbringen können wie alle anderen. Genau davor haben die wirtschaftlichen Interessensvertreter, das ist unsere Sicht, die größte Angst.

ZUM WEITERLESEN:

FELBER, Christian (2013): Anmerkungen zum Positionspapier der WK Steiermark „Wachstum und Wirtschaftsmodelle. Bruttoinlandsprodukt, Gemeinwohl-Ökonomie & Co“, 1. November 2013.

UNGERICHT, Bernhard (Universität Graz): „Gutachten zur „wissenschaftstheoretischen Begutachtung“ (Gemeinwohl-Ökonomie à la Felber – eine kritische Betrachtung) von Dr. René Schmidpeter“, 6 Seiten.

FELBER, Christian (2013): „Gemeinwohl-Modellregion Salzburg. Ziele und Maßnahmen für Verwaltung, öffentliche Wirtschaft, KMU, Gemeinden und Bildungseinrichtungen“, Gutachten des Salzburger Landtages im Auftrag des Grünen Landtagsklubs, 32 Seiten, Oktober 2013.

Viele der Beiträge finden Sie hier:

<http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de/content/kritische-diskussion>

Version vom 10. März 2014
Aktualisierungen vorbehalten

Gemeinwohl-Ökonomie

Eine demokratische Initiative von unten

www.gemeinwohl-oekonomie.org

info@gemeinwohl-oekonomie.org